

Frage 1: Wie wollen Sie den ungebremsten Flächen- und Landschaftsverbrauch stoppen?

In der Tat ist der Verlust landwirtschaftlicher Fläche von täglich fast 90 ha in Deutschland zu hoch. Dies ist die Kehrseite einer prosperierenden Wirtschaft, die in den letzten Jahren ein enormes Steueraufkommen erbracht und viele Arbeitsplätze geschaffen hat, wovon auch die Menschen im Landkreis Südliche Weinstraße profitieren.

Es ist die Aufgabe eines Landrats gemeinsam mit den Orts- und Verbandsgemeinden die Entwicklung des Landkreises nachhaltig zu steuern. Mir ist schon klar, dass hierbei ständig widerstreitende Interessen zueinander geführt werden müssen.

Der von Ihnen in den Anmerkungen angeführte als erfolgreiche Tourismusregion unbedingt anzustrebende Schutz des Haardtrandes kann mit rechtlich durchaus möglichen bauleitplanerischen Festlegungen der Gemeinden erfolgen. Allerdings kann auf kommunaler Ebene niemand das in Deutschland geltende Baurecht, das im Außenbereich unter bestimmten Voraussetzungen Bebauungsmöglichkeiten schafft, außer Kraft setzen. Die von Ihnen aufgeführte Flächeninanspruchnahme im Wasserschutzgebiet am Dreihof sehe ich selbst sehr kritisch.

Selbstverständlich unterstütze ich den auch im Baugesetzbuch zwischenzeitlich implementierten Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung; insoweit gilt es Potentialflächen im innerörtlichen Bereich zu lokalisieren, Erweiterungen in der Fläche sollten das letzte Mittel sein.

Nicht folgen kann ich ihrer Auffassung, wonach gewerbliche Ansiedlungen ausschließlich in Mittel- und Oberzentren gehören, vielmehr sähe ich meine Aufgabe als Landrat auch gerade darin, mich dafür einzusetzen, dass sich auch unsere vielen kleineren Gemeinden im Kreis weiter entwickeln können. Wenn wohnortnah Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, kann dies zu einer Reduzierung des immer stärker werdenden Pendlerverkehrs beitragen.

Frage 2: Was ist Ihr Einsatz zum Schutz der Bevölkerung vor Mautflucht und Transitverkehr entlang der B 10 und weiter Richtung Osten über die B 272? Ergreifen Sie die Initiative?

Ich halte eine Sperrung der B 10 für den Transit-Schwerlastverkehr für sinnvoll. Diese Position hat die CDU-Fraktion im Kreistag SÜW bereits in der Vergangenheit unter meiner Führung vertreten. Bisher ist es die rheinland-pfälzische Landesregierung, die ein solches Transitverbot aus rechtlichen Gründen ablehnt, obwohl es, wie sie in Ihren Anmerkungen aufzeigen, andere Rechtsmeinungen gibt. Selbstverständlich ist es Aufgabe des Landrats bei dieser wichtigen und berechtigten Forderung die Initiative zu ergreifen.

Frage 3: Wie wollen Sie mit Ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass unser Landkreis in angemessenem Umfang seine Pflichten aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllt?

Deutschland ist Vorreiter im Klimaschutz und im Bereich der erneuerbaren Energien. Ich will, dass sich dies fortsetzt. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn sie unter ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten erfolgreich ist. Der Schlüssel liegt in Innovationen und neuen Technologien. In unserer Region gibt es zahlreiche Firmen, die in exzellenter Weise dazu beitragen. Besondere Chancen für die Südliche Weinstraße sehe ich im Bereich der Solarenergie. Auch hier gilt: Wir brauchen technologischen Fortschritt, um die Energie in ausreichendem Maße zu vertretbaren Preisen speichern zu können.

Auch Windenergie ist ein wichtiger Baustein. Sie braucht aber eine vernünftige Raumplanung. Der Haardtrand z.B. muss auch künftig frei von Windanlagen bleiben. Eine Bündelung auf einige Standorte macht Sinn, um Sichtperspektiven freizuhalten. Eine Region verliert, wenn immer Windräder sichtbar sind, unabhängig davon, ob man nach Süden, Norden, Westen oder Osten schaut.

Große Einsparpotenziale sehe ich nach wie vor im Gebäudebereich. Ich erlebe wöchentlich in unmittelbarer Nachbarschaft meines Büros in der Kreisverwaltung Germersheim, dass der dort untergebrachte Stützpunkt der Verbraucherzentrale von den Bürgerinnen und Bürgern sehr stark in Anspruch genommen wird. Insofern unterstütze ich sehr gern die Bemühungen, einen Stützpunkt der Verbraucherzentrale auch für den Landkreis Südliche Weinstraße zu etablieren.

Wir haben in der Region erlebt, dass die Technologie der Tiefengeothermie offensichtlich nicht ausgereift ist. Ich bin skeptisch, was neue Geothermieprojekte an der Südlichen Weinstraße anbelangt. Die Sicherheit der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen. Im Übrigen ist bei der Geothermie wichtig, dass im Konzept die Abnahme der Wärme gewährleistet ist und diese nicht einfach mehr oder weniger ungenutzt an die Umgebung abgegeben wird.

Im Hinblick auf die Mobilität lautet mein Grundsatz, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, insbesondere aber auch die Ein- und Auspendler unserer Region mit dem eigenen Fahrzeug oder mit dem ÖPNV ihre Fahrziele effizient erreichen können sollen. Ob mit dem Fahrrad, dem Elektroauto, einem Taxi oder dem öffentlichen Bus bzw. der Bahn – die Mobilitätswünsche der Nutzer müssen gut aufeinander abgestimmt werden. Mein Hauptaugenmerk liegt auf der Stadtbahn-Anbindung zwischen Karlsruhe und Landau sowie generell auf einer guten Vernetzung der Fahrangebote von Bus und Bahn. Barrierefreie Haltestellen z.B. mit Ladesäulen für E-Bikes oder Elektroautos sind Voraussetzung, dass unterschiedliche Mobilitätsformen genutzt werden können. Dies muss ohne großen bürokratischen Aufwand und mit digitaler Unterstützung machbar sein. Die Einführung einer integrierten Mobilitätskarte (1 Karte für Bus, Bahn, Taxi, E-Bike etc.) und die Verbesserung der individuellen Mobilitätsplanung habe ich dabei besonders im Blick.

Frage 4: Wie wollen Sie den unhaltbaren Zustand beenden, dass die Bürger im Bereich des Zweckverbandes Abfallbeseitigung Südwestpfalz (ZAS) im landesweiten Vergleich die höchsten Abfallgebühren entrichten müssen?

In den Gremien des Zweckverbands Abfallbeseitigung Südwestpfalz (ZAS) sind die Handlungsoptionen für die Zeit nach Beendigung der Laufzeit des 25-jährigen Erbbaurechts- und Entsorgungsvertrages im Jahr 2024 längst Beratungsgegenstand. Es ist zu entscheiden, ob und wenn ja wann der ZAS das Müllheizkraftwerk Pirmasens selbst als Betreiber und Betriebsführer fortführt oder aber eine Stilllegung und ein Rückbau mit der damit verbundenen Neuausschreibung der Entsorgungsverträge ab 2024 die bessere Alternative wäre. Selbst nach den derzeit vorliegenden Worst-Case-Berechnungen werden die ZAS-Verbrennungskosten ab dem Jahr 2024 erheblich sinken, was auch positive Auswirkungen auf die Abfallgebühren der Bürgerinnen und Bürger haben sollte. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass es die Landesregierung in der Vergangenheit durchaus in der Hand gehabt hätte, die ZAS-Kommunen zu entlasten, in dem man Mülltourismus nach außerhalb durch rheinland-pfälzische Kommunen verbietet und sie verpflichtet, in Rheinland-Pfalz zu entsorgen.